

# Westberliner Ausschuss »Gesamtberliner Fragen« zu Rentnerreisen

21. Dezember 1964

Einzelinformation Nr. 1127/64 über eine Stellungnahme des Westberliner Ausschusses für »Gesamtberliner Fragen« zu den Reisen von Rentnern aus der DDR nach Westberlin

## Quelle

BStU, MfS, HA XX, Nr. 6225, Bl. 78–81 (6. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Honecker, Stoph, Winzer – MfS: Schröder/HA XX.

## Vermerke

Sichtvermerke der HA XX auf dem Dokumentenkopf: »Gen. Schröder«, »XX/2 R«, »VSchE 1862/64« »XX/E 111/65«.

## Bemerkungen

Da das Ablageexemplar nicht überliefert ist, kann der interne Empfängerkreis mit Ausnahme des hier als Textgrundlage dienenden 6. Exemplar nicht näher bestimmt werden.

Nach Mitteilung einer zuverlässigen Quelle fand am 10.12.1964 eine Sitzung des Ausschusses für »Gesamtberliner Fragen«<sup>1</sup> des Westberliner Abgeordnetenhauses statt, auf der *Völckers*<sup>2</sup> im Auftrag des Leiters des Büros für »Gesamtberliner Fragen« beim Westberliner Senat, *Thiele*,<sup>3</sup> einen Bericht über die Besuchsreisen von Rentnern der DDR nach Westberlin gab.<sup>4</sup> Aus dem Bericht von *Völckers* und der darüber geführten Diskussion gehen folgende Einzelheiten hervor:

### *Ausbau des sogenannten Besucherdienstes*

Da es sich bei den Rentnerreisen um eine Dauerregelung handelt, rechnet der Ausschuss damit, dass der sogenannte Besucherdienst zu einer Institution ausgebaut wird. Es wurde vertraulich mitgeteilt, dass bei den Besucherdiensten in den Westberliner Stadtbezirken auch Beauftragte der Senatsverwaltung für Sicherheit und Ordnung<sup>5</sup> tätig sind. Diese Beauftragten sind angeblich nur dazu eingesetzt besondere auftauchende Fragen zu klären. Sie wären nicht dazu da, die Auskunft suchenden zu befragen.

### *Stand der Einreise von Rentnern aus der DDR nach Westberlin*

Im Monat November 1964 wurde an insgesamt 140 037 Personen das sogenannte Begrüßungsgeld in Westberlin ausgezahlt. An den Grenzübergängen zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin wurden jedoch nur 32 574 Personen registriert. Daraus wird die Schlussfolgerung gezogen, dass der größte Teil der Rentner aus der DDR über den nicht kontrollierten Weg von der Friedrichstraße mit der S-Bahn nach Westberlin eingereist ist.<sup>6</sup> Zurzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe in der Senatskanzlei damit, wie in Zukunft – auch im Zusammenhang mit dem Passierscheinabkommen<sup>7</sup> – eine genaue Registrierung aller einreisenden Rentner vorgenommen werden kann. In der ersten November-Hälfte kamen von den Rentnern 60,9 % aus der DDR und 39,1 % aus der Hauptstadt der DDR.

### *Angaben über die Anzahl der bisher in Westberlin verbliebenen Rentner*

Bisher haben sich 81 Personen gemeldet, die als sogenannte Flüchtlinge in Westberlin verbleiben wollen. Die Zahl liege weit unter dem, was ursprünglich angenommen wurde. Es müsste aber damit gerechnet werden, dass sich in der nächsten Besuchsperiode die Anzahl der sogenannten Flüchtlinge erhöht, da die meisten Rentner bei dem ersten Besuch in Westberlin nur die Voraussetzungen für einen Verbleib geklärt hätten.

### *Auszahlung des sogenannten Begrüßungsgeldes*

Im November 1964 wurden 7 001 850 DM als sogenanntes Begrüßungsgeld<sup>8</sup> ausgezahlt. Von dieser Summe hat Westberlin zwei Fünftel zu tragen. (Das sind pro Besucher 20,00 DM; die restlichen 30,00 DM bezahlt der Bund.) Es wird eingeschätzt, dass diese Summe den Etat von Westberlin sehr belastet.

Wir bereits bekannt, wird die Auszahlung des sogenannten Begrüßungsgeldes zwischen den einzelnen Westberliner Stadtbezirken nicht koordiniert. Es wäre daher praktisch durchaus möglich, dass sich Rentner in allen zwölf Westberliner Stadtbezirken die 50,00 DM abholen. Mit Unterstützung des Statistischen Landesamtes in Westberlin erfolgte eine Stichprobe, zu der die Namen der Rentner mit dem Anfangsbuchstaben B herangezogen wurden. Bei insgesamt 5 000 ausgewerteten Besuchsansträgen haben sich Doppelbetreuungen nur in vier Fällen ergeben. Von diesen vier Fällen waren drei Fälle, bei denen Besucher zweimal Besuchergeld abgeholt hatten und ein Fall, bei dem Geld viermal in Empfang genommen wurde. Aufgrund dieses Ergebnisses werden zentrale Maßnahmen als nicht notwendig angesehen, da sie außerdem noch mit hohen finanziellen Ausgaben verbunden wären. Eine solche Kontrolle und Auswertung soll mit anderen Buchstaben in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt werden.

#### *Sozial- und Krankenhilfe*

Für 14 % aller nach Westberlin eingereister Rentner – insgesamt 19 752 Personen – wurden bei den Westberliner Sozialämtern Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz beantragt. (Minderbemittelte Gastgeber können in den sogenannten Beratungsstellen Anträge auf Zahlung einer Hilfe zum Lebensunterhalt stellen. Diese Hilfe beträgt, wenn sie als gerechtfertigt anerkannt wird, 4,80 DM pro Tag und Gast.) Die Prüfung der Voraussetzungen für eine solche Hilfe erfolgt großzügig. Aufgrund dieser recht einfachen Verfahrensregelung wird befürchtet, dass sich die Zahl der Antragsteller in Zukunft wesentlich erhöht.

Für die Organisation der Krankenhaushilfe ist der »Berliner Zentralausschuss für die Verteilung von Liebesgaben«<sup>9</sup> zuständig. Da aufgrund des Ansturms der Zentralausschuss nicht in der Lage war, allein diese Aufgabe wahrzunehmen, wurden 27 Bezirksorganisationen eingeschaltet. Für die Arbeit in Westberlin hat der Westberliner Senat dem Zentralausschuss acht Hilfskräfte zur Verfügung gestellt. In den Bezirken sind in den Spitzenzeiten insgesamt 280 Mitarbeiter der Bezirksverwaltung mit den sogenannten Betreuungsaufgaben beschäftigt.

Ärztliche Hilfe wurde bisher in 4 730 Fällen geleistet. Auf dem Gebiet der Medikamentenhilfe liegen bis auf eine Abrechnung über 35 000 DM von den Apotheken (Monat November) noch keine genauen Zahlen vor. Medikamente können auch bei der Ärztegemeinschaft im Wilmersdorf und im »Haus der Ostdeutschen Heimat« bezogen werden.

Wenn es Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Rentner gibt, wird auf Antrag eine Unterkunft vermittelt, die von Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung gestellt wird. Im Ergebnis eines diesbezüglichen Aufrufs an die Wohlfahrtsverbände wurden nur 150 Zimmer zu Verfügung gestellt. Behördlicherseits wurden im Monat November 1964 insgesamt 1 730 Personen untergebracht. In den allerdringendsten Fällen steht außer der Bahnhofsmmission auch die Bereitschaftspolizei für die Unterbringung zur Verfügung.

Für die Rentner aus der DDR wurden bisher 213 Stadtrundfahrten mit 7 524 Teilnehmern durchgeführt.

#### *Ermöglichung einer Weiterreise für die DDR-Rentner von Westberlin nach Westdeutschland*

Der Westberliner Senator für Bundesangelegenheiten, Schütz,<sup>10</sup> hat vom Westberliner Senat den Auftrag erhalten, mit den Bundesbehörden über die Fälle zu verhandeln, bei denen Rentner aus der DDR in Westberlin den Wunsch aussprechen, nach Westdeutschland weiterzureisen und dort ebenfalls Verwandte besuchen zu können. Für das Bundesgebiet gebe es die interne Regelung, dass Rentnern eine Weiterfahrt nach anderen Städten zum Besuch anderer Verwandter gewährt werden kann. Für diese Fälle werden sogenannte Anschlusskarten ausgegeben. Für Westberlin stehe die Entscheidung des Bundes noch aus. Es schein jedoch unumgänglich zu sein, die Bundesregelung auch für Westberlin zu übernehmen, da sonst die Gefahr einer bestimmten Anerkennung der »Drei-Staaten-Theorie«<sup>11</sup> entstehe. Die Flüge von Westberlin nach Westdeutschland müssten daher für die Rentner als Weiterfahrt im Sinne einer Anschlussfahrkarte angesehen werden. Zurzeit wird den Rentnern der Flug nach Westdeutschland – wenn sie die Kosten selbst aufbringen – gestattet.

#### *Hinweise auf Währungsspekulationen*

Dem Westberliner Senat ist bekannt, dass viele Rentner sogenannte Ostmarkbeträge mit sich führen, um sie in Westberlin umzutauschen. Das würde auch aus der Tatsache hervorgehen, dass der Wechselkurs schon wenige Tage nach Beginn der Rentnerbesuche schlagartig anstieg. Eine relativ hohe Zahl von den Rentnern hat auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Konten in Westberlin in Anspruch zu nehmen. Die Banken verfahren dem Wunsch des Senats entsprechend großzügig.

Die Information darf publizistisch nicht ausgewertet werden.

1

Büro für Gesamtberliner Fragen – 1951/52 gebildete, dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin unterstehende Einrichtung »zur Beobachtung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Vorgänge« in Ostberlin, die zugleich auch als Rechtsberatungsstelle für Ostberliner fungierte. Vgl. Arndt, Melanie: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961. Köln, Weimar 2009 (Zeithistorische Studien; 43), S. 99 f.

2

Im Original: »Völkers«. Johannes Völckers, Jg. 1924, seit Beginn der 1950er Jahre Mitarbeiter des Büros für Gesamtberliner Fragen, das von Theodor Thiele geleitet wurde. Vgl. Ensikat, David: Geb. 1924. In: Der Tagesspiegel v. 24.5.2002.

3

Theodor Thiele, Leiter des Büros für Gesamtberliner Fragen.

4

Vgl. den Beschluss des DDR-Ministerrates über die privaten Besuchsreisen von Bürgern der DDR im Rentenalter nach Westdeutschland und Westberlin v. 8.9.1964; BArch DC 20-I/4/1015; Mitteilung über einen Beschluß der Regierung der DDR. In: ND v. 10.9.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19640910-0-1-10-0> (26.1.2017); vgl. DzD, IV. Reihe, Bd. 10, S. 963; vgl. auch Information 11/65.

5

Die u. a. für die Polizei zuständige Senatsverwaltung für Sicherheit und Ordnung bestand vom März 1963 bis November 1965 neben der Senatsverwaltung für Inneres, der sie anschließend wieder zugeordnet wurde.

6

Da die Westberliner S-Bahn bis 1984 von der Deutschen Reichsbahn betrieben wurde, handelte es sich hierbei um Angehörige der Bahnpolizei der Deutschen Reichsbahn. Vgl. dazu Bahnhof Zoo. Vorposten der DDR in West-Berlin. Hg. v. d. Berliner S-Bahn. Berlin 2011, S. 44 f.; Ciesla, Burghard: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin. Köln, Weimar, Wien 2006, S. 50–56.

7

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt getroffen. Das 2. Passierscheinabkommen wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen am 24.9.1964 unterzeichnet und vereinbarte Besuche für zwei Wochenenden Ende Oktober/Anfang November sowie über Weihnachten und Neujahr 1964/65. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

8

Auf der 139. Sitzung des Bundeskabinetts wurde am 14.10.1964 »eine Erhöhung der Bargeldhilfe für Besuchsreisen aus der SBZ und aus Ostberlin von 15,00 auf 30,00 DM« beschlossen. Zusätzlich übernahm die Bundesrepublik die Kosten für die Rückreise und für die Krankenversorgung. Die kommunalen Spitzenverbände, Städte und Gemeinden wurden aufgerufen, diese Beihilfen durch kommunale Ergänzungen zu verstärken. Hieraus ergeben sich unterschiedliche Zuwendungen an die aus der DDR Einreisenden in Form von Bargeldunterstützungen, kostenfreien Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs, der Nutzung kultureller Einrichtungen usw. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 17: 1964. Hg. f. d. Bundesarchiv v. Hartmut Weber. Bearb. v. Uta Rössel und Josef Henke. München 2007.

9

Für die Medikamenten- und Krankenhilfe gegründete, staatlich unterstützte private Organisation in Westberlin, vgl. Arndt, Melanie: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961. Köln, Weimar 2009 (Zeithistorische Studien; 43), S. 232–246.

10

Klaus Schütz, Jg. 1926, SPD-Politiker, 1962–66 Senator für Bundesangelegenheiten, 1967–77 Regierender Bürgermeister von Westberlin.

11

Gemeint ist die These der DDR-Regierung, dass es in Deutschland drei Staaten als völkerrechtliche Entitäten gäbe: die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und Westberlin.